

Der FUNKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint 5mal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung.

Bezugspreis 2,- RM monatlich, ohne Zustellgebühr. Anzeigenpreis nach Vereinbarung. Platz- und Datenveränderungen ohne Verbindlichkeit.

Redaktion und Verlag, Berlin S. 14, Inselstraße 8a. Postcheckkonto Hannover Nr. 238 44 (Willi Eichler, Berlin S. 14, Inselstraße 8a).

NUMMER 12 A

BERLIN • Freitag, den 15. Januar 1932

1. JAHRGANG

Wieder über 5000 auf der Straße.

Rheinhausen, 13. Januar.

Die der FRIEDRICH-KRUPP-A.-G. gehörige FRIEDRICH-ALFRED-Hütte in Rheinhausen wird infolge Auftragsmangels am 16. Januar vorläufig stillgelegt. Es werden voraussichtlich etwa 4250 Arbeiter betroffen.

1200 Bergleute und 70 Beamte entlassen.

Duisburg, 14. Januar.

Im Hauptverwaltungsgebäude der Bergbau-Gruppe Hamborn der Vereinigten Stahlwerke in Hamborn fanden am Mittwoch Stilllegungsverhandlungen über den Antrag der Bergbau-

Gruppe auf Entlassung von 1200 Bergleuten und etwa 70 Beamten statt. Der Antrag wurde begründet mit dem starken Rückgang an Aufträgen, namentlich in Feinkohle, so daß mehrere Abbaueviere stillgelegt werden müßten. Nach eingehender Erörterung aller Möglichkeiten wurde dem Antrag zugestimmt.

Das Schicksal der verschütteten Bergleute.

gr Beuthen, 13. Januar.

Die Situation auf dem Unglückssechacht ist unverändert.

Faschistische Willkürherrschaft.

Das Brester Urteil.

Warschau, 13. Januar.

Am Mittwoch hat das Warschauer Strafgericht im Brester Prozeß das Urteil gefällt. Zehn Angeklagte wurden zu Gefängnisstrafen von 1½ bis 8 Jahren verurteilt. Freigesprochen wurde nur der Bauernführer SAWITZKI.

Mit diesem Urteil findet ein offener Unterdrückungsakt gegen die polnischen Oppositionsführer (Sozialisten und Bauernpartei) einstweilen seinen Abschluß. Sie wurden am Tag vorher in die Militärgefängnisse von Brest-Litowsk verschleppt und dort, wie es in allen polnischen Gefängnissen üblich zu sein scheint, schwer mißhandelt. Pilsudski, damals noch Ministerpräsident, beschuldigte sie zunächst verschiedener Betrügereien wie Wechselfälschungen. Ein Dutzend oppositionelle Politiker verschiedener Parteien — ausgerechnet die der Regierung mißliebigen Leute — sollten plötzlich alle in Betrügereien verwickelt sein! Es war allzu durchsichtig, wer in diesem Falle der Betrüger war. Die einige Monate später fertiggestellte Anklageschrift sprach nicht mehr von Betrügereien, sondern von bewaffnetem Umsturz und revolutionärer Aufwiegelung der Massen. Bewaffnete Gewaltakte konnten den Angeklagten nicht nachgewiesen werden. Dutzende von Spitzeln warteten mit Belastungsaussagen auf, deren Haltlosigkeit die Verteidiger, berühmte Verteidiger polnischer Revolutionäre vor den Gerichten des russischen Zaren, auf der Stelle nachweisen konnten. Die Verurteilung wurde gestützt auf unbeanstandet erschienenen Zeitungsartikel, auf Vorträge, auf Verhandlungen eines polizeilich überwachten Kongresses.

Auch in PILSUDSKI sehen wir offenbar einen Mann vor uns, der die aufstrebende Arbeiterbewegung nur mißbraucht hat, seinen nationalistischen Ansprüchen zu dienen. Die Zahl der „Sozialisten“, die nach längerer oder kürzerer Zeit ins offene Faschistenlager übergehen, ist Legion. MUSSOLINI und PILSUDSKI sind wohl die beiden traurigen „Berühmtheiten“ dieser Gruppe. Auf die Frage, was die Arbeiterschaft tun kann, um sich gegen solche Elemente zu sichern, die sie schwer kompromittieren, kommen wir in Kürze zurück.

*) Ueber die Behandlung der Minderheiten in Polen vergleiche Nr. 5 des „Funken“, vom Dienstag, den 5. Januar 1932.

Kanton gegen die Rückkehr Tschiangkaischeks.

Moskau, 13. Januar.

Nach einer russischen Meldung aus Nanking haben die Vertreter der Kantonregierung erklärt, daß die Rückkehr Tschiangkaischeks auf den Präsidentenposten das Aufhören der Zusammenarbeit zwischen Kanton und Nanking bedeuten würde.

Japans Kampf gegen „Banditen und Kommunisten“.

Moskau, 13. Januar.

Der ehemalige japanische Kriegsminister, MINAMI, der im Auftrage des Kaisers nach der Mandschurei gereist war, um dort die politische Lage zu studieren, berichtete nach seiner Rückkehr dem Kaiser und dem Kabinett, daß die japanische Armee den Kampf in der Mandschurei fortsetzen müsse, weil verschiedene Gebiete von kommunistischen Truppen und Banden bedroht seien.

Tokio, 13. Januar.

Zu der Unterredung des russischen Botschafters TROJANOWSKI mit dem japanischen Ministerpräsidenten INUKAI wird mitgeteilt: INUKAI habe den russischen Botschafter dahin unterrichtet, daß die japanische Offensive in der Nord-Mandschurei nicht gegen Rußland gerichtet sei, sondern nur gegen

die chinesischen Banditen. Die japanische Regierung denke nicht daran, die chinesische Ostbahn zu besetzen. Wenn Charbin (der Hauptknotenpunkt der Ostbahn!) besetzt werden sollte, würde diese Besetzung nur vorübergehenden Charakter tragen, und die japanischen Truppen würden abrücken, sobald die Ordnung wiederhergestellt sei.

Moskau, 13. Januar.

Nach einer Meldung aus Tokio belaufen sich die gesamten Kosten der japanischen Militärexpedition auf etwa 31 Millionen Yen (rund 60 Millionen Mark).

Die Antwort der Nankingregierung.

Nanking, 14. Januar.

Am Mittwoch wurde die Antwortnote der chinesischen Regierung auf die amerikanische Note an Japan und China dem amerikanischen Generalkonsul in Nanking ausgehändigt. In der Note wird betont, daß China bereit sei, mit den Vereinigten Staaten an der Aufrechterhaltung der Unantastbarkeit des Neunmächte-Abkommens zusammenzuarbeiten.

Preußen mildert alte Sparmaßnahmen

Berlin, 13. Januar.

Der Beamtenschaftsausschuß des preußischen Landtages beschloß am Mittwoch, daß die preußischen Sparverordnungen alsbald so geändert werden, daß jede Schlechterstellung von Beamten gegenüber den Reichsbeamten beseitigt wird.

Die durch die erste Sparverordnung eingetretenen „Verslechterungen“ in dem Schutzpolizeibeamtengesetz und dem preußischen Polizeibeamtengesetz sollen nach dem Beschluß beschleunigt aufgehoben, die Notlage der stellenlosen Lehrpersonen und Schulumwärtler soll behoben werden. Es sollen auch Maßnahmen getroffen werden, um zu verhüten, daß die Einkommen der staatlichen Angestellten und Arbeiter durch die in der neuen Notverordnung des Reichspräsidenten für sie vorgesehenen allgemeinen Gehalts- und Lohnsenkungen unter den Stand vom 10. Januar 1927 gesenkt werden.

... und steht vor neuen.

Berlin, 13. Januar.

Zur Deckung des Fehlbetrages im preußischen Haushalt, dessen Höhe sich zur Zeit noch nicht übersehen läßt, sollen weitere Sachersparnisse vorgenommen werden. An eine Notverordnung wird jedoch nicht gedacht.

Das neue Kabinett Laval gebildet.

Paris, 14. Januar.

Ministerpräsident LAVAL hat um Mitternacht sein neues Kabinett gebildet und es sofort dem Staatspräsidenten vorgestellt.

Das neue Kabinett weist nur wenige Veränderungen auf. BRIAND ist endgültig ausgeschieden, und LAVAL ist Außenminister. Das Innenministerium ist in die Hände des bisherigen Unterstaatssekretärs CATHALA übergegangen, während TARDIEU sich doch noch dazu entschlossen hat, das Kriegsministerium zu übernehmen. An seine Stelle im Landwirtschaftsministerium tritt der bisherige Unterstaatssekretär im gleichen Ministerium FOULD. Alle übrigen Ministerien und Unterstaatssekretariate haben die gleiche Besetzung behalten. LAVAL erklärte, daß er Gelegenheit gehabt habe, noch einmal mit BRIAND Rücksprache zu nehmen und daß er ihn gebeten habe, der Regierung auch weiterhin zur Seite zu stehen.

Russische Besorgnisse.

Moskau, 13. Januar.

In politischen Kreisen befürchtet man, daß durch die Ernennung TARDIEUS zum Kriegsminister die russisch-französischen Beziehungen gefährdet werden könnten.

Abrüstung.

1.

Fr. Das ermüdende Einerlei der Verhandlungen über den Zeitpunkt der Lausanner Konferenz ist in diesen Tagen einem starken Angriffsgeist gewichen. BRÜNNINGS einschlägige Absage an die Zahlung politischer Schulden und Frankreichs frostige Zurückhaltung in den Fragen der Kreditverlängerung zeigen, daß hier innere Gegensätze vorhanden sind, die gerade jetzt, unmittelbar vor den beiden großen internationalen Konferenzen, hart aufeinanderplatzen. Werden sich in Lausanne die Formen des Streites mildern? Oder wird wieder jeder dem andern die Verantwortung und die Initiative zuschieben, so daß Ablehnung und Argwohn die Verhandlungen beherrschen — sofern nicht die Aussichtslosigkeit solcher Unterredungen die Konferenzen in tödliche Langeweile versinken läßt? Die große Menge der Reparations- und der Abrüstungsfragen und ihre enge Verflochtenheit machen es den Vertretern der Großmächte leicht, entscheidenden Schritten auszuweichen. Schon heute gehen die Meinungen darüber, von welchem Punkt aus dieser Komplex von Schwierigkeiten entwirrt werden kann, weit auseinander.

Der amerikanische Senator BORAH hat in seiner Neujahrsrede erklärt: „Der Friede, der jetzt herrscht, ist auf Waffengewalt basiert. Eine Rüstungsverminderung in Europa ist undenkbar, solange es Gefahrenmomente wie den polnischen Korridor, das zerstückelte Ungarn und die russische Drohung gibt.“

Mit andern Worten: Löst zunächst die Konflikte, die zwischen euch bestehen. Erst dann könnt ihr daran denken, die Waffen aus der Hand zu legen.

Die französische Regierungspresse hat eine andere Sprache geführt, als sie auf HINDENBURGS Neujahrsforderung, man dürfe Deutschland „sein gutes Recht“ auf „gleiche Sicherheit“ nicht vorenthalten, mit einer Welle gesteigerten Mißtrauens gegen Deutschland und seine Ansprüche reagiert hat. Dieses Mißtrauen hat seitdem durch BRÜNNINGS Erklärung neue Nahrung erhalten. Wie soll sich die aufs äußerste gespannte Situation klären, solange eine offensichtliche Ursache, das Mißtrauen Frankreichs gegen die Friedensbereitschaft Deutschlands, nicht beseitigt ist?

Im Gegensatz hierzu ist die deutsche Presse fast einstimmig der Meinung, daß die offizielle Feststellung der Zahlungsunfähigkeit Deutschlands diesem das Recht gebe, als den ersten Schritt der Verständigung ein Entgegenkommen Frankreichs in der Reparationsfrage zu erwarten, nein! zu fordern.

Wer hat hier recht?

2.

Sind wir als Sozialisten überhaupt interessiert an dieser Frage? Was geht es uns an, wenn kapitalistische Regierungen sich nicht einmal darüber einigen können, wo es bei dem Versuch einer Verständigung anzufangen haben?

Wir können nicht unbekümmert daran vorbeigehen. Denn das völlige und offensichtliche Scheitern der internationalen Verhandlungen würde die Krise und mit ihr die wirtschaftliche Bedrohung der Arbeiterschaft von neuem anschwellen lassen. Die nationalistische Verhetzung, die heute schon dahin geführt hat, daß auch in der Arbeiterpresse von Young-Sklaverei und Tributun die Rede ist, würde mehr und mehr über die sich ihr widersetzenden besonnenen Stimmen die Oberhand gewinnen und damit den gemeinsamen Kampf der arbeitenden Massen gegen die kapitalistischen Regierungen erschweren. Damit und mit dem Wetteifern der Nationen würde schließlich der imperialistische Krieg, der schon morgen die Welt ins Chaos stürzen kann, immer drohender vor der Arbeiterschaft auftauchen.

Angesichts dieser Gefahren ist es geboten, daß Sozialisten die Diplomaten-Künste entlarven, durch die die Völker auseinandergerissen und verleitet werden, sich gegenseitig mit dem Untergang zu bedrohen. Wie stark Freiheit und Großzügigkeit den Argwohn zwischen den Völkern, wenn auch nicht zwischen ihren Regierungen — zuzubändigen machen kann, haben wir erst kürzlich bei dem tapferen Vorstoß der „Dépêche de Toulouse“ selber spüren können. Wir wollen dieser französischen Stimme antworten!

Wir sind uns darüber klar, daß es sinnlos wäre, hierbei auf eine Unterstützung seitens der kapitalistischen Regierungen zu rechnen. Denn für diese Regierungen ist nicht das öffentliche Interesse ihrer Völker entscheidend, dessen Befriedigung in erster Linie einen friedlichen Verkehr der Staaten zur Voraussetzung hat; sie werden vielmehr bestimmt durch die Privatinteressen ihrer herrschenden Klassen, eine Abhängigkeit, die für gewöhnlich durch große Worte wie „Volksgemeinschaft“ oder „nationale Macht und Ehre“ verdeckt wird, die aber in kritischen Augenblicken mit erschreckender und beschämender Deutlichkeit hervortritt. Der Zynismus, mit dem der „Manchester Guardian“ den Nachweis orbrachte hat, in welcher Weise bloße Handelsinteressen die Politik der Großmächte im mandschurischen Konflikt geleitet

haben und noch leiten — allen angeblichen Versuchen, durch einen Spruch des Völkerrechts Frieden zu schaffen, zum Trotz — ist ein beredtes Zeugnis dafür. Kein Wunder, daß im Verkehr der Staaten keiner dem anderen traut und daß mit der steigenden Verflechtung der wirtschaftlichen Interessen die Schwierigkeiten der Verständigung ins Ungeheure wachsen.

Auch die Verhandlungen in Genf und Lausanne werden an diesem Fundament der Völkerfeindschaften und der imperialistischen Kriege nicht rütteln. Vielleicht tritt durch Englands Vermittlung eine vorübergehende Entspannung der Lage ein: Auch Handelsinteressen verlangen ja Ruhe und Stetigkeit in den internationalen Beziehungen. Aber gesichert ist ein solcher Friede nicht.

3.

Damit ist der Streit um den Vorrang von Abrüstungs- und Reparationsfragen für Sozialisten im Grunde bereits entschieden: Ihre erste Forderung muß sein, daß diejenigen, die mit Völkerschicksalen spielen und sie als Werkzeug zur Befriedigung von Privatinteressen einsetzen, keine Waffen in der Hand haben. Der Apparat moderner Kriegstechnik, der in der Hand kapitalistischer Regierungen zum Konkurrenzkampf mit andern Staaten und zur Gegenwehr gegen den Angriff der Sozialisten bereit steht, bedroht die Arbeiterschaft dauernd mit der physischen Vernichtung und ist darum ungleich gefährlicher als das Hinschleppen der Reparationsverhandlungen, das zu einer Verschärfung der wirtschaftlichen Notlage führen kann.

Der Gedanke, daß in außenpolitischen Fragen Abrüstung die dringendste Aufgabe ist, die wir als Sozialisten anzumelden haben, zeigt uns zudem gerade in Deutschland einen Weg, die öffentliche Meinung im eigenen Volk zur Initiative aufzurufen. Bei der Regelung der Reparationsfragen ist Deutschland an internationale Verträge gebunden und kann darum nur Verhandlungen anbieten. Anders in der Abrüstungsfrage: Deutschland kann von sich aus das Bauen von Panzerkreuzern einstellen, die nur Geld kosten und Frankreich reizen; es kann seine Rüstungen beschränken auf das zur inneren Sicherheit notwendige Maß; es kann heute noch Schluß machen mit den nichtstaatlichen Wehrorganisationen des „Stahlhelms“ und der SA, die eine unmittelbare Bedrohung der Arbeiterschaft bedeuten und dem französischen Mißtrauen gegen den deutschen Friedenswillen dauernd Nahrung und mindestens einen guten Teil Berechtigung geben; es kann diesen nationalistischen Bestrebungen gegenüber mit solcher Festigkeit auftreten, daß schon dadurch der Verdacht ausgeschlossen wird, die deutsche Regierung dulde eine nationalsozialistische Luftflotte, die sich hinter dem Schild eines sportlichen Unternehmens verberge. In all diesen Punkten kann Deutschland von sich aus zu Taten schreiten, die dem Frieden dienen.

Wir fordern daher diese Abrüstung.

4.

Den Vorwurf, daß dieser „extreme Pazifismus“ das deutsche Volk der Willkür und dem bösen Willen eines übermächtigen Gegners ausliefern, weisen wir zurück.

Wir wollen uns hier nicht darauf einlassen, abzuwägen, was geschehen würde, wenn ein französischer Angriff erfolgen würde. Auch diesem Fall kann man ruhig ins Auge sehen. Aber der entscheidende Punkt, auf den wir mit allem Ernst die Aufmerksamkeit richten müssen, liegt an einer andern Stelle: Die Angst vor französischen Uebergriffen ist künstlich durch nationalistische Verhetzung hochgepoitscht. Das französische Volk hat keine Angriffspläne, genau so wenig wie im Grunde das deutsche Volk; die Chauvinisten beider Länder suchen mit Eifer alles hervor, was sie zur Begründung ihres Nationalismus im anderen Land entdecken können. Eine Regierung in Deutschland, die durch eindringlich friedfertiges Benehmen die französischen Nationalisten entwaffnet, täte mehr für die Abrüstung als jede noch so geschickte deutsche Delegation in Genf erreichen wird. Wenn in einem Staat unter dem Nachdruck derer, die für die Sache des Sozialismus eintreten, die Stimme des Rechts und der Vernunft laut wird, werden sich in jedem Volk Menschen finden, die darauf gewartet haben, diese Sprache zu hören und die bereit sind, in ihr Antwort zu geben.

WAHN-EUROPA 1934.

VON HANNS GOBSCH.

Copyright by Fackelreiter-Verlag, Berlin

(11. Fortsetzung.)

Brandt umkrallt das Höhensteuern, als wollte er den „Helios“ geradenwegs auf die Erde aufrennen lassen. Direkt nach Genf! Römischer Ultimatum! Die Not dahinten im Osten stinkt herauf zum fernen „Helios“! Das also ist Capponis Antwort auf Brandts Appell, normale Zustände herzustellen? Verliert Europa die Besinnung? Ultimatum! Was soll die lächerliche Geste, hinter der nichts steht? Machtgebärde, die nur Gelächter auslösen kann! Wer will heute in Europa noch seinen Machtwillen durchsetzen gegen die Völker? Rom? Belgrad? Truppenaufmärsche womöglich, nicht wahr? Und Léon Brandt ist der Hanswurst, der sich widerstandslos von den Herren Staatsmännern hinter die Kulissen des Welttheaters abschleichen läßt?

Böse schallt Brandts höhnische Lache. Die Motore hämmern plötzlich mit sinnloser Wut. Letzten Atem her! Noch fünfzig Kilometer! Zwanzig Kilometer!

Von Süden her knattert es entgegen. Zwei amerikanische Flugzeuge mit Lichtern holen feierlich den anstürmenden „Helios“ ein.

Washington glitzert wie ein Heer von Leuchtkäfern. Der „Helios“ bremst seine schießende Fahrt. Vor ihm, wegweisend, fliegen die Amerikaner. In sanftem Bogen um die leucht-sprühende Stadt herum. Ein grell beleuchtetes Rechteck von gewaltigen Ausmaßen, wie ausgespanntes Linnen, zeichnet sich am Erdboden ab: der Flughafen von Washington. Leuchtbaken mit rotierenden Scheinwerfern überfluten ihn mit Taghelligkeit.

Gedrosselte Motore. Schräg steht der goldgelbe „Helios“ in der Kurve.

Die Motore stoppen ganz ab. Der Riesenvogel zischt im Gleitflug zur Erde, hinein in den dröhnenden Jubel einer be-

Präsidentenwahl.

Die geplante Einheitsfront von WELS bis HITLER, von der BRÜNING die Stützung des außenpolitischen Anschlusses Deutschlands erhoffte, bröckelt auseinander. Zwar sind die Sozialdemokraten noch immer schweigsam, ob sie einen Kandidaten aufstellen wollen oder nicht; aber die „Frankfurter Zeitung“ glaubt zu wissen, daß OTTO BRAUN sich nicht aufstellen lassen will. Selbst jetzt, wo die Nationalsozialisten durch FRICK öffentlich haben erklären lassen, daß sie einen Mann aus ihren Reihen wählen möchten, es sei denn, daß BRÜNING zuvor verschwände, sagt der „Vorwärts“ nur, daß ein solcher Mann für „alle anderen Parteien, vielleicht die Deutschnationalen ausgenommen, unannehmbar ist“.

Wir kommen auf die Präsidentenwahl in der nächsten Nummer des „Funkens“ zurück.

Briand ausgebootet.

k Paris, 14. Januar.

Die Linkspresse, und besonders der sozialistische „Populaire“, greifen LAVAL weiter heftig an und werfen ihm vor, den Außenminister regelrecht gegen seinen Willen ausgebootet zu haben. Das, was man von Ratschlägen der Aerzte und dem schlechten Gesundheitszustand gesagt habe, sei nur ein Manöver, denn BRIAND habe sich selten so wohl gefühlt, wie gerade in den Tagen der Krise.

Die englisch-französischen Verhandlungen.

k Paris, 13. Januar.

Erklärungen amtlicher französischer Kreise bestätigen, daß französischerseits in den Besprechungen mit dem englischen Finanzsachverständigen LEITH ROSS eine Lösung vorgeschlagen worden ist, nach der Deutschland ein Zahlungsaufschub von zwei Jahren für die geschützten Zahlungen gewährt werden soll. Die ungeschützten Zahlungen sollten kommercialisiert in Obligationen der Reichsbahn auf den Markt gebracht werden. Sie sollten erst vom Jahre 1934 ab in den Verkehr kommen.

Unverschämtheit eines Arbeitsamts.

g Berlin, 13. Januar.

Ein beim Arbeitsamt Eberswalde zur Aushilfe angestellter Arbeiter hatte während der Dauer seiner dortigen Tätigkeit täglich zwei bis acht Ueberstunden geleistet, für die eine Vergütung nicht gezahlt worden war. Der Vertreter des Arbeitsamts nahm den Standpunkt ein, daß Ueberstunden ausdrücklich verboten gewesen seien. Der Kläger sei zudem ein langsamer Arbeiter gewesen, der auf diese Weise die während der normalen Arbeitszeit nicht geleistete Arbeit habe nachholen wollen. Die Beweisaufnahme ergab, daß tatsächlich Ueberstunden geleistet worden sind. Weiter wurde durch die Beweisaufnahme als erwiesen erachtet, daß die Leistung der Ueberstunden durch die Amtsleitung gebilligt worden sei. Der Vergleichsvorschlag des beklagten Arbeitsamts wurde vom Kläger zurückgewiesen. Das Arbeitsgericht kam zu einem Urteil, durch das dem Kläger das Geld für sämtliche eingeklagten 180 Ueberstunden voll zugesprochen wurde.

Kommunisten vor dem Schnellrichter

a Hannover, 13. Januar.

Vor dem hiesigen Schnellrichter hatten sich heute 32 Angeklagte, die dem kommunistischen revolutionären Kampfbund angehören, wegen Landfriedensbruch, Teilnahme an einer verbotenen oder nicht genehmigten oder unter freiem Himmel stattgefundenen Versammlung sowie wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt zu verantworten. Die Aussagen der Zeugen und Polizeibeamten sollen ergeben haben, daß es sich um eine Zusammenrottung, also um Landfriedensbruch im Sinne des Gesetzes, gehandelt habe. Das Urteil lautet bei 25 Angeklagten auf Freisprechung. Wegen Landfriedensbruch wurde ein Angeklagter zu neun, ein anderer zu sieben Monaten und drei weitere Angeklagte zu je vier Monaten Gefängnis verurteilt. Wegen Vergehens gegen die Notverordnung erhielten zwei Angeklagte sechs bzw. fünf Monate, ein weiterer eine Woche Gefängnis.

rauschten Menge, die Frankreichs Außenminister grüßt, den verwegenen Piloten, den seltsamen Menschen Léon Brandt, dessen Name gehäßt und geliebt wird.

VI.

Der stolze Bau, den sich die Nationen schufen als Symbol der Kraft und Eintracht, wirft in der Nacht auf den 22. August 1934 seine Lichtbündel heraus auf das schlafende Genf.

Seit zwei Uhr sind die vierzehn Weltweisen am runden Tisch vereinigt. Grünverhangene Lampen geben behagliches Licht. Da sitzen die ständigen und nichtständigen Ratsmitglieder in sachlich geformten Sesseln, zwischen weichen und sachlichen Polstern. Vor jedem Platz liegt die berühmte Ledermappe, Papier, Füllfederhalter, Zigarettenrauch webt über den Köpfen blaue Schleier.

Man sieht es den vierzehn Gesichtern an: Bitte, um keinen Preis Erregung dokumentieren! Die Sache ist viel zu wichtig, um darüber rote Köpfe zu bekommen. Hier wird jedes Wort auf die Goldwaage gelegt, und wo sich dennoch ein stärkerer Laut vorwagt, wird mit nachsichtigem, sanft verwarnendem Lächeln quittiert. Hier, an diesem runden Tisch muß die Formel gefunden werden, die die Rechenexempel der Völker löst. Sonst wankt der Boden unter den Füßen.

Der Franzose, der den Vorsitz führt, spricht über eine Stunde. Er betrachtet den Fall von allen Windrichtungen, ohne Leidenschaft. Wer hat die Streitigkeiten in Albanien veranlaßt? Wer ist der Schuldige? Ueberschritt der südslawische Posten seine Machtbefugnisse? Fiel seine Kugel auf albanischen Boden oder stürzte dort nur der Getroffene zusammen? Belgrad büßt Tirana, Tirana Belgrad die Schuld auf, Pilatus hatte nicht schwerer zu entscheiden als diese vierzehn.

„Man halbiert die Schuld“, schlägt lächelnd der Deutsche vor, „und die Waage wird ungefähr im Gleichgewicht sein.“

Die Einfachheit der Lösung verblüfft. Der Engländer zieht daraus sofort die praktische Nutzenanwendung: „Der Rat gibt Belgrad und Tirana auf, ihre Grenzabteilungen zehn Kilometer hinter die Grenze zurückzuziehen.“

Der Franzose hat Bedenken, diese Zumutung scheint ihm für den Belgrader Freund zu hart. „Die eigentliche Grenzverletzung bestand doch darin, daß Albanier über die Grenze

Nazis vor dem Schnellrichter.

Sie waren „guten Glaubens“.

d Hamburg, 13. Januar.

Vor dem Hamburger Schnellgericht hatten sich am Mittwoch 76 Nationalsozialisten wegen Vergehens gegen die Bestimmungen der Notverordnung vom 28. März 1931 zu verantworten. Das Vergehen wurde von der Staatsanwaltschaft darin erblickt, daß die Angeklagten eine Druckschrift politischen Inhalts verteilt hatten, die nach Ansicht der Polizei ein nicht angemeldetes Flugblatt, nach Auffassung der Nationalsozialisten aber eine Zeitungsbeilage darstellte. Die Druckschrift hatte dem „Hamburger Tageblatt“ beigegeben und war als „Beilage des „Hamburger Tageblattes“ gekennzeichnet, unterschied sich allerdings sonst weder der Form noch dem Druck nach von einem Flugblatt. Die Angeklagten gaben an, des guten Glaubens gewesen zu sein, nichts Verbotswidriges zu tun. Bei einem der Angeklagten war außerdem ein Totschläger beschlagnahmt worden. Der Schnellrichter sprach sämtliche Angeklagten mit einer Ausnahme frei: Nur der Besitzer des Totschlägers wurde wegen Waffenmißbrauchs zu zwei Wochen Gefängnis verurteilt. Das Gericht hielt die Beilage des „Hamburger Tageblattes“ zwar für ein Flugblatt, das vor seiner Verteilung als Flugblatt der Polizei hätte vorgelegt werden müssen. Die Angeklagten hätten aber subjektiv in gutem Glauben gehandelt. Deshalb mußten sie aus subjektiven Gründen freigesprochen werden.

Zwei Nazi-Lokale geschlossen.

h Berlin, 13. Januar.

Die Nazi-Lokale in der Hebbelstraße 20 (Charlottenburg) und in der Huttenstraße 23, von denen zu besorgen ist, daß sie von einer Mehrheit von Personen als Sammelstätte oder Stützpunkt für Gewalttätigkeiten gegen Personen oder Sachen benutzt werden, werden auf Grund der Dritten Notverordnung des Reichspräsidenten zunächst für vier Wochen für die Zeit von 18 Uhr bis 6 Uhr polizeilich geschlossen.

Verbot des „Angriff“ aufgehoben.

h Berlin, 13. Januar.

Auf die Beschwerde des „Angriff“ hin, hat der Reichsinnenminister am Mittwoch das am Freitag vom Berliner Polizeipräsidenten ergangene Verbot des „Angriff“ aufgehoben.

Nazi-Zeitung verboten.

i Breslau, 13. Januar.

Der Oberpräsident von Niederschlesien hat am Mittwoch die nationalsozialistische „Schlesische Tageszeitung“ für die Dauer von zehn Tagen bis einschließlich 23. Januar verboten. In der Begründung heißt es, daß in einem Artikel in der Nummer vom 8. Januar mit der Überschrift: „Die weiße Weste des Magistrats“, Mitgliedern des Magistrats bzw. der Stadtverwaltung Korruption vorgeworfen werde. Es sei darin gesagt worden, es bestehe kein Zweifel daran, daß alle Mitglieder des Magistrats keine weiße Weste hätten. Ferner sei in der Nummer vom 11. Januar behauptet worden, daß drei Nationalsozialisten von Reichsbannerführern, Kommunisten und Polizei bestialisch ermordet worden seien. Darin sei eine schwere Beschimpfung der Polizei zu erblicken.

Das „Reichsbanner“ und die Kommunisten sollten sich offenbar nicht schwer beleidigt fühlen!

Spitzel gesucht.

Der Pressedienst des Arbeiter-Turn- und Sportbundes veröffentlicht folgende bundesamtliche Bekanntmachung:

Das Nachrichtenblatt Nr. 35 der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei, Ortsgruppe Leipzig, das sich vertraulich an die Leiter der Nazisektionen, Zellen, Frauengruppen und Freiheitsbund wendet, enthält unter den Anweisungen auch die nachstehende:

„Gesucht werden P.g., die Beziehungen zum Arbeiter-Turn- und Sportbund haben und eventuell Material beschaffen können.“

einbrachen, die südslawische Schar niedermachten und das Wacht haus anzündeten. Also, Albanien muß bestraft werden.“

Der Deutsche wiegt in unerschütterlichem Gerechtigkeits-sinn den Kopf. „Ob der Südslawe, vielleicht unberechtigt, dem Verfolgten über die Grenze nachschloß oder ob die Albanier als geschlossener Haufen herüberstürzten, macht nur Nuancen der Verfolgungen aus. Ein Schuß über die Grenze ist nicht weniger feindselig als der Einbruch einer geschlossenen Abteilung, rein juristisch betrachtet.“

Es ist zum Verzweifeln. Die Stimmung wird unruhig. Und jetzt kommt noch der heikelste Punkt: das Ultimatum Roms an Belgrad! Bitte, in vier Stunden läuft die Frist ab! Italien steht außerhalb der Statuten der Genfer Weisheitsschule! Wie soll man Herrn Capponi beikommen?

Ueber dem Genfer See beginnt schon der Morgen heraufzuziehen. Unentdeckt bleibt die erlösende Formel. Im Schoße des Rates klaffen die Gegensätze auf, auch lebenswürdigster Wille überbrückt sie nicht. Der Genfer Rat ist eben kein oberster Gerichtshof, sondern die Richter sind Interessenten, gebunden an den Marschbefehl der Kabinette. Oder könnte der Franzose einen Beschluß gutheißen, der Südslawien eine Schlappe einträgt? Hat der Deutsche Grund, sich übermäßig für die Freundschaft Rom-Belgrad zu erwärmen? Jeder ahnt es im Unterbewußtsein: einer gönnt dem andern eine kleine Enttäuschung, wünscht für den Freund eine kleine Vergünstigung, begehrt für das eigene Land eine winzige Erhöhung, alles mehr gefühlsmäßig als absichtsvoll. Die Zerrissenheit Europas beschattet die Abgesandten in Genf.

Endlich, nach vier Stunden, stehen zwei feierliche Noten auf dem Papier. Die eine, für Belgrad und Tirana, ordnet an: Beide Regierungen ziehen ihre Grenztruppen sechs Kilometer hinter die Grenzlinie zurück, enthalten sich jeder feindseligen Handlung und entsenden je drei Sachverständige nach Genf, um die Verhältnisse klarzustellen. — Sanktionen, die der Engländer angedroht wissen wollte, werden nicht in Aussicht gestellt; Frankreich und Polen hatten dagegen Einspruch erhoben.

Die für Rom bestimmte Note enthält eine vorsichtig gehaltene Aufforderung: Zurückberufung der drei Kreuzer. Auch Rom soll drei Sachverständige schicken. (Fortsetzung folgt.)

Das Armenrecht.

Von Nora Block.

„In der Tat wird jeder einsichtige Richter bestätigen können, daß die Rechtsverhältnisse der Armen sich bei ihrer Geltendmachung vor Gericht nur allzuhäufig in jener vernachlässigten und hoffnungslosen Gestalt präsentieren, wie die Körper der Proletarier bei der Aufnahme in die öffentlichen Heilanstalten.“

ANTON MENGER: „Das bürgerliche Recht und die besitzlosen Volksklassen“, Seite 20.)

Dieses bittere Urteil über die Rechtsverhältnisse der Armen im bürgerlichen Staate gilt auch heute noch. Was tut der Staat, um dem Armen, dem die Mittel fehlen, seinen Rechtsstreit durch einen erfahrenen Rechtsanwalt führen zu lassen und die oft hohen Gerichtskosten vorzuschüsse zu zahlen, trotzdem die Durchführung seines Rechtsstreites zu ermöglichen? Er gewährt das sogenannte „Armenrecht“, d. h. er befreit die arme Partei vorläufig von der Verpflichtung, Gerichtskosten vorzuschüsse zu zahlen, er gibt Vollstreckungshilfe und ordnet in notwendigen Fällen einen für den Armen kostenlosen Anwalt bei.

Bisher durfte das „Armenrecht“ nur dann versagt werden, wenn der Rechtsstreit mutwillig angezettelt oder aussichtslos erschien. Als eine drückende Härte und Benachteiligung gegenüber den Besitzenden erschien dabei die Bestimmung, daß der besitzlose Kläger nicht das Recht der freien Anwaltswahl hatte, sondern mit dem Anwalt fürlieb nehmen mußte, den das Gericht auswählte. Diese Bestimmung gilt auch heute noch.

Seit der Notverordnung vom 6. Oktober 1931 (Sechster Teil, Kap. I, § 11) haben diese ungerechten Bestimmungen eine weitere Verschlechterung erfahren. Die Neuregelung sieht nämlich eine Bewilligung des Armenrechtes nur vor, wenn die Rechtsverfolgung Aussicht auf Erfolg bietet. Ferner kann Glaubhaftmachung der Angaben, auf die sich die Klage stützt, verlangt werden. Endlich ist seit der Neuregelung keine Beschwerde mehr gegen den das Armenrecht ablehnenden Beschluß des Berufungsgerichts möglich.

Für einen Richter, der das Armenrecht bewilligen soll, ist es natürlich viel schwerer, bei Prüfung einer Klage das positive Urteil abzugeben, die Klage habe Aussicht auf Erfolg, als nur zu prüfen, ob die Klage nicht völlig aussichtslos sei. Im Grunde muß der Richter heute den Rechtsstreit schon entscheiden, wenn er den Antrag auf Bewilligung des Armenrechtes prüft. Entscheidet er zu Gunsten der armen Partei, so wird er das Armenrecht bewilligen, sonst wird er es ablehnen. Vor allem wird er das Armenrecht aber in zweifelhaften Fällen verweigern, schon um sich nicht zu oft dem Vorwurf auszusetzen, die Aussichten des geplanten Rechtsstreites falsch eingeschätzt zu haben.

Eine weitere bedenkliche Folge der neuen Armenrechtsbestimmungen ist aber das Hinauszichen einer Entscheidung um Monate, da die Prüfung, wie die Notverordnung sie vorschreibt, mehr Zeit erfordert als dies früher der Fall war. Hierin liegt eine unerträgliche Benachteiligung der armen Partei. Denn in einer Zeit, in der sich von einem Tag zum andern die wirtschaftlichen Verhältnisse grundlegend ändern, läuft es auf völlige Entrechtung hinaus, etwa nach Monaten das Armenrecht zu bewilligen, während nur eine sofortige Rechtsverfolgung zur Wahrung der Rechte der armen Partei gedient hätte.

Bedenklich ist auch, daß das Gericht keine Gründe für die Ablehnung des Armenrechtes anzugeben braucht. Dadurch ist die arme Partei nicht in der Lage, etwa eine Ergänzung ihrer Behauptungen vorzunehmen, die zu einer Bewilligung des Armenrechtes führen könnten; sie tappt vielmehr im Dunkeln.

Gerade weil die Rechtsverhältnisse der Armen bei ihrer Geltendmachung vor Gericht, um mit MENERGER zu sprechen, „sich oft in jener vernachlässigten und hoffnungslosen Gestalt präsentieren, wie die Körper der Proletarier bei der Aufnahme in die öffentlichen Heilanstalten“, sind Armenrechtsbestimmungen nötig, die einen Schutz und eine wirksame Hilfe für denjenigen schaffen, der bei der Durchsetzung seines Rechts auf sie angewiesen ist. Daher fort mit den neuen ungerechten Bestimmungen über die Gewährung des Armenrechtes!

Armenrecht! Man verschaffe den Armen ihr Recht!

Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg zum Gedächtnis.

Wir werden siegen, wenn wir lernen.

Von Rosa Luxemburg. (Ermordet am 15. Januar 1919.)

Der Sozialismus ist die erste Volksbewegung der Weltgeschichte, die sich zum Ziel setzt und von der Geschichte berufen ist, in das gesellschaftliche Tun der Menschen einen bewußten Sinn, einen planmäßigen Gedanken und damit den freien Willen hineinzutragen. Darum nennt FRIEDRICH ENGELS den endgültigen Sieg des sozialistischen Proletariats einen Sprung der Menschheit aus dem Tierreich in das Reich der Freiheit. Auch dieser „Sprung“ ist an eiserne Gesetze der Geschichte, an tausend Sprossen einer vorherigen qualvollen und all zu langsamen Entwicklung gebunden. Aber er kann nimmermehr vollbracht werden, wenn aus all dem von der Entwicklung zusammengetragenen Stoff der materiellen Vorbedingungen nicht der zündende Funke des bewußten Willens der großen Volksmasse aufspringt. Der Sieg des Sozialismus wird nicht wie ein Fatum vom Himmel herabfallen. Er kann nur durch eine lange Kette gewaltiger Kraftproben zwischen den alten und den neuen Mächten erkämpft werden, Kraftproben, in denen das internationale Proletariat . . . lernt und versucht, seine Geschichte in die eigene Hand zu nehmen, sich des Steuers des gesellschaftlichen Lebens zu bemächtigen, aus einem willenslosen Spielball der eigenen Geschichte zu ihrem zielklaren Lenker zu werden.

FRIEDRICH ENGELS sagt einmal: Die bürgerliche Gesellschaft steht vor einem Dilemma, entweder Uebergang zum Sozialismus oder Rückfall in die Barbarei. Was bedeutet ein „Rückfall in die Barbarei“ auf unserer Höhe der europäischen Zivilisation? Wir haben wohl alle die Worte bis jetzt gedankenlos gelesen und wiederholt, ohne ihren furchtbaren Ernst zu ahnen. Ein Blick um uns in diesem Augenblick zeigt, was ein Rückfall der bürgerlichen Gesellschaft in die Barbarei bedeutet. Dieser Weltkrieg — das ist ein Rückfall in die Barbarei. Der Triumph des Imperialismus führt zur Vernichtung der Kultur, — sporadisch während der Dauer eines modernen Krieges, und endgültig, wenn die nun begonnene Periode der Weltkriege ungehemmt bis zur letzten Konsequenz ihren Fortgang nehmen sollte. Wir stehen also heute, genau wie FRIEDRICH ENGELS vor einem Menschenalter, vor vierzig Jahren, voraussagte, vor der Wahl: entweder Triumph des Imperialismus und Untergang jeglicher Kultur, wie im alten Rom, Entvölkerung, Verödung, Degeneration, ein großer Friedhof. Oder Sieg des Sozialismus, d. h. der bewußten Kampfkraft des internationalen Proletariats gegen den Imperialismus und seine Methode: den Krieg. Dies ist ein Dilemma der Weltgeschichte, ein Entweder-Oder, dessen Waagschalen zitternd schwanken vor dem Entschluß des klassenbewußten Proletariats. Die Zukunft der Kultur und der Menschheit hängt davon ab, ob das Proletariat sein revolutionäres Kampfschwert mit männlichem Entschluß in die Waagschale wirft. In diesem Kriege hat der Imperialismus gesiegt. Sein blutiges Schwert des Völkermordes hat mit brutalem Uebergewicht die Waagschale in den Abgrund des Jammers und der Schmach hinabgezogen. Der ganze Jammer und die ganze Schmach können nur dadurch aufgewogen werden, daß wir aus dem Kriege und im Kriege lernen, wie das Proletariat sich aus der Rolle eines Knechts in den Händen der herrschenden Klassen zum Herrn des eigenen Schicksals aufrafft.

Teuer erkauft die moderne Arbeiterklasse jede Erkenntnis ihres historischen Berufes. Der Golgathaweg ihrer Klassenbefreiung ist mit furchtbaren Opfern besät. Die Junkkämpfer, die Opfer der Kommune, die Märtyrer der russischen Revolution — ein Reigen blutiger Schatten schier ohne Zahl . . . Wir gleichen wahrhaft den Juden, die Moses durch

die Wüste führt. Aber wir sind nicht verloren, und wir werden siegen, wenn wir zu lernen nicht verlernt haben. (ROSA LUXEMBURG: „Juniusbroschüre“, Berlin 1919.)

Die Aufgaben der deutschen Arbeiter nach dem Kriege.

Von Karl Liebknecht. (Ermordet im Januar 1919.)

Beim Versagen des Proletariats, beim Ausbleiben der sozialen Revolution gegen den Krieg, bei deutschem Sieg vor allem, würde der ganze Krieg „umsonst“ geführt, würden die ganzen Opfer „umsonst“ gebracht sein — so hört man oft. Ja, wenn das nur wäre! Wenn das internationale Proletariat seine Arbeit, seinen Kampf nach dem Kriege in der Machtstellung und in dem Punkt wieder aufnehmen und fortsetzen könnte, in denen es sich bei Kriegsausbruch befand!

Aber es ist in allen kriegführenden Ländern grauenhaft geschwächt — physisch und moralisch; die besitzenden Klassen der siegreichen Länder sind gewaltig gestärkt — politisch und wirtschaftlich. Die meisten Führer und ein großer Teil der arbeitenden Massen in den siegreichen Ländern bis ins Mark korrumpiert, betäubt, desorientiert oder entmutigt; in den besiegten Ländern bis zur Raserei chauvinisiert oder verzweifelt. Das Proletariat aktionsunfähiger, die besitzenden Klassen selbstbewußter und zielklarer als je. Die internationale Solidarität gewaltig gehemmt — die Völkerverhetzung gewaltig erleichtert, ja zum chronischen Zustand erhoben. Der Imperialismus triumphierend, der Sozialismus diskreditiert — selbst die Kommune von 1871 rückwirkend. . . Ein Riesendefizit, nicht eine Null ist das Kriegsergebnis für das revolutionäre Proletariat!

Aus dem deutsch-französischen Kriege, aus allen Kriegen seitdem ging der Sozialismus rein und neu geheiligt, neu gestählt hervor — aus dem Weltkriege als ein Trümmerhaufen. Ein Trümmerhaufen seiner Organisationen — am meisten dort, wo sie sich äußerlich durch Unterwerfung unter die herrschenden Gewalten am besten erhalten haben, d. h. als Ganzes den Todfeinden des Proletariats in die Hand gespielt sind.

Die Arbeiterbewegung bis hinter das Jahr 1870 zurückgeworfen: Das ist das Fazit.

In jedem einzelnen Lande und in der Internationale muß von vorn angefangen werden — in der Aufklärungsarbeit, in der Organisation, in der Schulung zum Klassenkampf, in der Erziehung zur internationalen Solidarität.

Die Schöpfung einer aktionsfähigen internationalen Massenorganisation, und -bewegung des Proletariats, diese grundlegende Aufgabe, hat von neuem zu beginnen; unter schwierigeren Bedingungen als je. Alle Hände ans Werk! Arbeiten — nicht verzweifeln!

Auch nach dem Kriege wird, wie während des Krieges, ja, in noch höherem Maße oder doch offensichtlicher — Deutschland der Schlüssel- und Angelpunkt der internationalen Lage sein; besonders für die revolutionäre Entwicklung. Die Pflicht des deutschen Proletariats ist höchste Aktivität — und es wird nur so seine Schuld sühnen können. Vor den künftigen Geschlechtern aber wird der deutsche Arbeiter verflucht und verworfen sein, der diese Pflicht nicht erkennt und erfüllt.

(KARL LIEBKNECHT: „Reden und Aufsätze“, Karl Hoym Nachf., Hamburg 1921.)

Liebknecht-Feier der KPD.

Am 15. Januar veranstaltet die KPD, um 16 Uhr, auf dem Friedhof von Friedrichsfelde, eine LIEBKNECHT-Feier.

„Etwas, was an die Sachlichkeit Brünings erinnert.“

EHRHARDT, der Führer der ehemaligen Fememord-Organisation „Consul“, die nach EHRHARDTS eigenen Worten aufgelöst wurde, „weil die von der Regierung zur Verfügung gestellten Mittel zur Neige gingen“, hat neuerdings eine Organisation „Gefolgschaft“ ins Leben gerufen. In einem Aufruf an seine „Gefolgschaft“ sagt er über die Staatsführung: „Diese ist weder auf parlamentarischem noch auf dem Wege des bolschewistischen Umsturzes zu erringen, sondern allein durch die entschlossene Formierung der heimatliebenden, bodenständigen und arbeitswilligen Bevölkerung . . . Auf eine solche Front müssen sich in entscheidenden Stunden Staat und Wehrmacht stützen.“

Merkwürdig warme Begrüßungsworte für die neue Organisation findet der Jesuitenpater FRIEDRICH MUCKERMANN in Nr. 10 der Essener Zentrumszeitung (vom 10. Januar 1932): „Ein nationales Programm liegt vor uns . . . Eine Hoffnung auf Umlenkung chaotisch flutender Kräfte in eine gesunde nationale Linie . . . Es ist bekannt genug, daß dieser berühmte (!) Offizier kein Anhänger des Kriegsgedankens, sondern ein Vorkämpfer der Verständigung und des Friedens ist. Den Weg dahin sieht er allerdings nicht in feiger Schwäche, sondern in einer gesunden Machtpolitik . . . Der Geist, der hier weht, ist sicher nicht der Geist HITLERS und ebensowenig der Geist HUGENBERGS. Eher gewahren wir etwas darin, was an die Sachlichkeit BRÜNINGS erinnert.“

Die Morde an ERZBERGER, RATHENAU, GAREIS, die Attentate auf SCHEIDEMANN, HARDEN und AUER sind nachweislich von Mitgliedern der Organisation C begangen worden. Das sind die Taten „gesunder“ Machtpolitik, Herr MUCKERMANN! Die Betonung vaterländischer Gesinnung deckt dabei jede Niedertracht, jede Gemeinheit, jedes Verbrechen.“ So urteilt der Senatspräsident am Kammergericht zu Berlin, FREYMUT, in seinem Vorwort zu GUMBEL'S Buch „Ver-schwörer“.

Dieses Buch handelt nur von Taten, von den Vorposten-gefechten im Kampf gegen die Republik. Genossen, lest die

Bücher von GUMBEL: „Vier Jahre Mord“, „Verräter verfallen der Feme!“ Holt sie euch aus der Bibliothek! Alle die Attentäter, von denen in diesen Büchern die Rede ist, sie warten auf den Tag der Auseinandersetzung mit der Arbeiterschaft. Sie reißen Menschen aus der bürgerlichen Jugend, aus dem Mittelstand und aus dem Proletariat in ihre Verschwörerzirkel hinein und ketten sie an sich durch die Parole der „bedingungslosen Treue“.

Da soll die Hoffnung liegen auf eine Umlenkung chaotisch flutender Kräfte?

GUMBEL erinnert an einen Mann, der andere Worte fand für die Verschwörer innerhalb seines Volks:

„Kann dir das Licht, CATILINA, kann dir die Luft dieses Himmels noch angenehm sein, während du doch weißt, daß es niemandem hier unbekannt ist, daß du einen Haufen zur Ermordung der Staatshäupter bereitgehalten hast?“

(CICERO gegen CATILINA.)

„Soll Lunatscharski in einem städtischen Saal sprechen?“

Nein! Denn er ist „einer der Hauptverantwortlichen für die antichristliche Gottlosenbewegung in Sowjet-Rußland, er ist einer der ältesten Parteigänger, der an der Ausbreitung und Festigung des Bolschewismus hervorragend mitgearbeitet hat. Er ist heute noch Sowjetminister und von Amts wegen damit beauftragt, alles, was christliche Kultur heißt, mit allen Mitteln des Terrors zu bekämpfen. . . Wenn die Reichsregierung aus außerpolitischen Gründen ein allgemeines Redeverbot für L. nicht erlassen hat, muß man doch mindestens verlangen, daß die Kommunalverwaltung, die derartige Rücksichten nicht zu nehmen hat, keinen städtischen Saal für einen solchen Zweck hergibt.“ (Essener „Volkszeitung“ Nr. 5, 5. Januar 1932.)

Diese unerhörte Herausforderung erlaubt sich das Essener Zentrum wohl darum, weil ein ähnlicher Verstoß der Kölner Zentrumsfraktion vor einigen Tagen erfolgreich ausgegangen ist. Nationalsozialisten dürfen in Essen — wie

überall — an drei Tagen der Woche in städtischen Räumen ihre kulturstörende Propaganda verbreiten — auch ein Nichtdeutscher, der Schwede FURUGARO, einer der größten Judenhetzer, hat dort sprechen dürfen — ohne katholischen oder irgendwelchen anderen öffentlichen Protest.

Zu diesen Kulturtaten gesellt sich dann unter dem besonderen Schutz des Jesuitenpaters MUCKERMANN die Propagandatätigkeit des Kapitäns EHRHARDT, wovon wir an anderer Stelle dieses Blattes berichten.

Schuld am Kriege.

Meine Mitschuld am Weltkriege besteht darin, daß ich den Irrsinn des Krieges schon vor dem Kriege erlebt hatte und mich bestimmen ließ, mein Gewissen zu beruhigen, zu schweigen oder gar im üblichen Stil über solche Dinge zu sprechen . . . Heute weiß ich, daß ich eine Schuld auf mich nahm, als ich mich verleiten ließ, das, was ich erkannt hatte, nicht zu bekennen, und mich nach den ersten vergeblichen Schritten zurückhielt.

HANS PAASCHE, kurz nach dem Kriege.

Der Yorck-Film außerhalb Deutschlands.

Basel, 12. Januar.

Im Orient-Kino in Zürich kam es am Sonntag und Montag abend zu Kundgebungen der sozialistischen Jugend gegen den deutschen „Yorck“-Film. Zwischen den Kundgebern und den Besuchern, die sich die Unruhe verbat, kam es zu einem Handgemenge, so daß die Polizei einschreiten mußte.

„Wenn Hitler das Ruder in der Hand hat.“

Vor den Schaltern des Wohlfahrtsamts in Essen. Eine lange Kette von Menschen steht und wartet — stundenlang. Plötzlich sagt einer von ihnen: „Wenn HITLER das Ruder in der Hand hat, dann braucht ihr nicht mehr zu warten.“ — Pause. — „Dann werdet ihr nämlich alle erschossen.“ — Stille. —

